

Hallo Potsdam Sept. 2017 kostenlos

Lebensqualität und Stadtentwicklung aus kritischer Perspektive

Dramatische Wende in Potsdam!

Wie sich städtische Politik, Wohnungsbau und Innenstadt verändern. Wir berichten direkt und offen aus den Hinterzimmern kommunaler Entscheidungsfindung.

Potsdam, September 2017.

Die Stadt hängt voller Wahlplakate. Die Mieten steigen. Kirsch und Semmelhaack bauen fleißig Häuser. Die Mieten steigen. Menschen protestieren gegen neue Abrisse. Die Mieten steigen. Der Bürgermeister erklärt alle Diskussionen für beendet. Die Mieten steigen. Pro Potsdam saniert und verkauft weiter zum Höchstpreis. Die Mieten steigen.

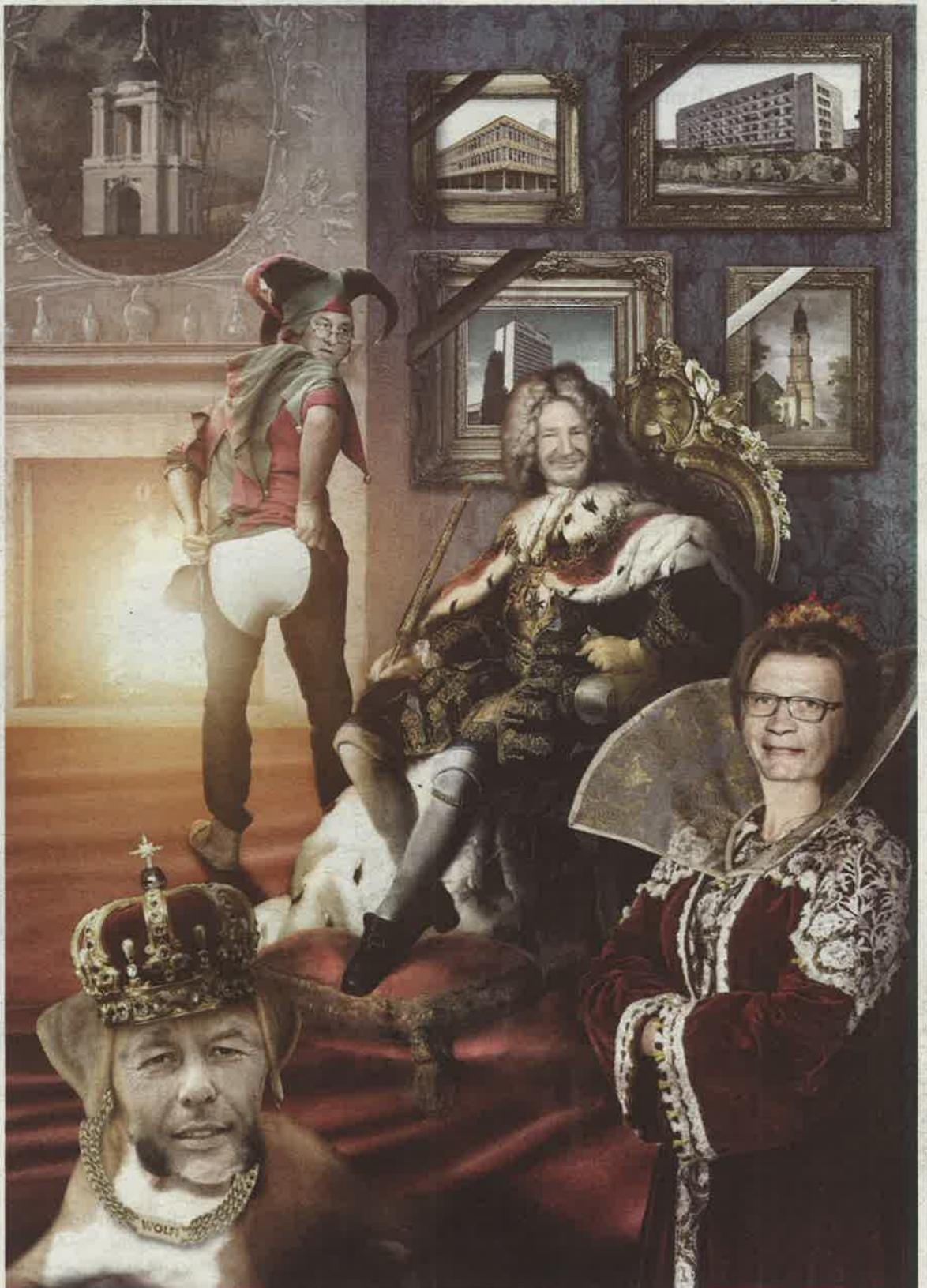
Im Mai 2009 erschien die erste „Hallo Potsdam“ im Vorfeld der zweiten großen Freiraum-Demonstration. Viele Jahre sind seitdem verstrichen. Es gibt sicher auch positive Entwicklungen, doch bei vielen Dingen sind die schlimmsten Befürchtungen noch übertroffen worden. Man möchte sich gar nicht vorstellen, was in unserer Stadt passieren würde, wenn es keinen Widerstand gäbe.

Was passiert in dieser Stadt, wo Engagement und Ignoranz so nahe beieinander liegen, wo Geschichte derart radikal verkürzt wird? Was ist in dieser Stadt geschehen, die inzwischen die teuerste Stadt der neuen Bundesländer ist, die prominente Menschen anzieht und arme Menschen vertreibt?

„Hallo Potsdam“ analysiert, ruft auf, informiert und spitzt wütend, satirisch zu. Viel Spaß beim Lesen, Streiten und Diskutieren!

Zahlen und Daten

- Mieten laut Mietenspiegel Wohnungsbörse: 9,45 €/ m² (2017)
- Mieten laut Mietspiegel immowelt: 10,41 €/ m² (2017)
- Mieten bei Neuvermietungen: + 10–15 %
- Preise Eigentumswhgen: 3.932,00 €/ m² (2017)
- Abrisskosten Fachhochschule: 4,5 Mio. €
- Schulden der Stadt Potsdam: 968 Mio. € (2016), davon Pro Potsdam: 507 Mio. €
- Umsatz der Immobilienfirma Engels & Völkers in Potsdam: 226 Mio. € (2016)
- Vermögen von G. Jauch (Darunter viele Immobilien in Potsdam): 45 Mio €



Wir bedanken uns bei allen, die uns tatkräftig unterstützt haben!

Für die Beiträge sind die jeweiligen AutorInnen, nicht die Redaktion verantwortlich.

Achtung:

Die Ausgabe kann Spuren von Satire und Zynismus enthalten – was gar nichts mit der aktuellen Stadtpolitik zu tun hat.

Denkschrift über den Ausverkauf der Stadt seit 1990 und zum Fakt, dass wir alle als Miteigentümer*innen dazu nie gefragt wurden.

Bereits in den frühen neunziger Jahren begann in Potsdams Altbauvierteln der flächendeckende Verkauf von Wohnhäusern in städtischem Eigentum an die private Immobilienwirtschaft - in der Innenstadt, in Potsdam West, in Babelsberg etc.¹ Der Erwerb durch bewohnenden Mieter*innen war die große Ausnahme - obwohl die Entwicklung „mit den Bewohnern für die Bewohner“ bis heute beschlossener Grundsatz in den Sanierungsgebieten ist.²

Heute ist die Gentrifizierung - kurz: der Prozess einer geschäftsträchtigen Aufwertung und sozialen Entmischung - in vielen Stadtteilen bereits voll umfänglich abgeschlossen. Unbebautes Land, aber auch fast alle Immobilien der Stadt wurden privatisiert.³ Im Grunde hat die Stadt in den letzten 27 Jahren ihr komplettes Tafelsilber verkauft. Wurden Gebäude durch private Investoren erworben, folgte in der Regel die Entmietung durch Sa-

schützt. Auf finanzieller Ebene waren und sind die Folgen enorme Mietsteigerungen, die sich die vorherigen Mieter*innen in den meisten Fällen nicht leisten können. In dieser Folge kam es zu einer totalen Umwälzung der Sozialstruktur in diesen Gebäuden und Vierteln⁴. Einem ursprünglich sozialen Mix der Bewohner*innen aus verschiedenen sozialen Schichten folgte die Neuvermietung zum überwiegenden Teil an wohlhabende / solvente Einwohner*innen der Stadt sowie in der Mehrheit an sogenannte Neu-Potsdamer*innen. Lohnabhängige und Arbeiter*innen aus der unteren und breitesten sozialen Schicht wohnen dort kaum noch. Am sichtbarsten ist diese Umwälzung in der Berliner -, Jäger - und Nauener Vorstadt, aber auch in Potsdam West, der Innenstadt und Babelsberg.

Mieter*innen wurden beim Verkauf des Gebäudes, das sie bewohnten, anfänglich in der Regel nicht berücksichtigt. Später wurde der Eigenerwerb durch die im Gebäude Wohnenden durch das sogenannte Höchstgebotsverfahren so gut wie unmöglich. Im Gegensatz zu vielen anderen Städten (Berlin) gilt dieses Verfahren in Potsdam heute im Grunde immer noch. Eine der Folgen des Verkaufs öffentlichen Eigentums an die Immobilienwirtschaft ist die Aufteilung dieser Stadtviertel unter privaten Investoren bzw. Investorenkonsortien, deren Namen stadtbekannt sind und welche ihren Reichtum bereits beträchtlich

Unternehmer Semmelhaack. Dieser hat 2004 unter Vorzugbedingungen allein 100 Immobilien der Stadt erworben - G. Jauch fühlte sich dabei hintergangen.

Auch der Verkauf unbebauter öffentlicher Flächen zur gewinnbringenden Wohnbebauung bedeutet Kapitalvermehrung und geschieht über die Köpfe der Stadtbevölkerung hinweg. Immer wieder erhalten wir aus den lokalen Medien Nachrichten über einen weiteren gelungenen Verkauf von Fläche an Investoren, wie die Prinz von Preußen AG. Mathias Döpfner bekommt den halben Pfingstberg geschenkt, weil er ein irgendwann ein paar Bäume fällen lässt.⁵ Auffallend oft handelt es sich dann um geplante „Bebauung im oberen Preissegment“ jüngst beim Verkauf der letzten Speicherstadt-Flächen⁶

Auch das Neubauprojekt in Krampnitz ist schon jetzt mit Immobilienschacherei verbunden: Staatssekretär R. Speer verkaufte 2007 das gewaltige Gebiet der Krampnitz - Kasernen - Landeseigentum und für Potsdam als „Hauptstandort für Wohnungsbau“ ausgewiesen - für unbegreifliche 4 Millionen Euro an windigste Gesellschaften⁷, welche alsbald durch noch windigere TG' - Gesellschaften ersetzt wurden. Als nun eine Möglichkeit bestand, den Kaufvertrag des Landes zu lösen, übergab es die Stadt jedoch mit Kusshand an die öffentlich ebenfalls hochumstrittene Immobiliengesellschaft „Deutsche Wohnen“⁸. In dieser Aufzählung von Immobiliengeschäf-



nierungsandrohung, Gerichtsverfahren und Abfindungszahlungen, um die Aufgabe des bestehenden Mietvertrages zu erreichen. Nur so ließ und lässt sich eine umfassende Kapitalvermehrung durch Investition in die Immobilie erzielen.

Aus ehemals bezahlbarem Wohnraum wurden Anlageobjekte für Kapitaleigner, um Kapital zu vermehren. Die betroffenen Mieter*innen stehen und standen diesen Angriffen meist machtlos gegenüber, weil die bestehende Rechtsprechung zuoberst das Eigentum

vermehrten konnten. So besitzt Günther Jauch mittlerweile mehr als 30 Immobilien allein in unserer Stadt.

Aktuell kaufte er gleich den halben Straßenzug in der Spornstraße, wo der oben beschriebene Prozess zur Kapitalvermehrung gerade sehr gut sichtbar stattfindet. Ein bezeichnendes Licht auf den Umgang der Stadt Potsdam mit Immobilieninvestoren zeigt der Streit, den sich G. Jauch 2011 mit einem anderen Großinvestor lieferte, den holsteinischen

ten der Stadt mit privaten Investoren darf Herr Kirsch nicht fehlen. Er ist in Babelsberg jede*r Vierten als Vermieter bekannt, außerdem Stadtverordneter und Grundstückbesitzer am Griebnitzsee. Kirsch verdient in nunmehr zwei Jahrzehnten am Kauf von öffentlichen Eigentum, Sanierung und Weiterverkauf als Anlageobjekte Millionen an den Mieter*innen, ist aber zugleich einer jener Eigner von Grundstücken die den Uferweg für eben diese Öffentlichkeit am Griebnitzsee gesperrt halten.

Ebenso fragwürdig erscheinen die demokratischen Mehrheitsentscheidungen der Stadtverordneten in Bezug auf die umfassende Auslöschung der öffentlichen Gebäude und Anlagen⁹ der Nachkriegsmoderne. Hierbei wird nicht nur eine im Stadtbild sichtbare Epoche geschliffen, mit ihr gehen auch alle sozialen Funktionen, die diese trugen und tragen, verloren. Stattdessen werden historische Grundrisse und damit Funktionen aus einer mehr als 150 Jahre zurück liegenden Epoche reanimiert, in welcher soziale und politische Hierarchien Teil der Herrschaftsstruktur waren.

Zum Beispiel beim Rückbau des Thälmann-Stadion in der Stadtmitte: Eine moderne sozi-

Grundrisse einem modernen sozialen Bedürfnis entgegen gestellt. Und: Treffen sich diese unterschiedlichen sozialen und kulturellen Bedürfnisse und Gruppen in der Stadt noch? Oder treibt die städtische Politik eigentlich die Spaltung der Stadtgesellschaft voran? In diesem Zusammenhang sind die Ohren der Abgeordneten der sogenannten Rathauskoalition auch taub für Kritik durch überregionale Medien. Es ist schon interessant zu sehen, welche Unterschiede in der Wahrnehmung von Stadtentwicklung zwischen der Lokalpresse mit ihrer Hofberichterstattung auf der einen Seite und den überregionalen Statements aus Presse und Fernsehen besteht, die den Abriss und den Kulissenbau deutlich in Frage stellen.¹²



ale Funktion wurde vernichtet zugunsten der Reanimation eines Ortes, der vorher fast 200 Jahre lang der Lustgarten genannte Exerzierplatz der Hohenzollern war. Absurd ist dann, wenn die Menschen im Rathaus 15 Jahre nach dem Umbau bemerken, dass dieser große Platz irgendwie kein städtisches Leben entwickelt und sagen das Mercure-Hotel ist dran schuld. Dann wird eine 500.000 Euro schwere Beteiligung wurde zur Frage „Was fehlt dem Lustgarten?“ durchgeführt. Die Stimmen für einen Erhalt des Hotels überwogen deutlich, der Abriss des Hotels jedoch zur Grundlage eines folgenden Wettbewerbsverfahrens gemacht.¹⁰ Trotz aller Proteste, einschließlich eines Bürgerbegehrens bleibt das Ziel „Wiese des Volkes“¹¹ festgeschrieben.

Überhaupt ist die Geschichte von Bürgerbegehren in Potsdam eine Geschichte von Ignoranz und Mauschelei. Beim Stadtschloss hatten sich zwei Befragungen gegen einen Wiederaufbau entschieden, also wurde beim 3. Mal nur noch über den Standort entschieden. Auch hier sprach sich die Mehrheit gegen den Standort aus was aber keinen Einfluss auf die Entscheidung zum Wiederaufbau hatte. Das Bürgerbegehren gegen den Wiederaufbau der Garnisonkirche wurde erst angenommen, um dann festzustellen, dass die Stadt ja gar kein Grundstücksbesitzer sei und nichts machen könnte.

Ähnlich absurd die Absicht, das Strandbad Babelsberg und den Segelclub aus dem Park Babelsberg zu entfernen, um dort einen historischen Rundweg wiederherzustellen. Als ob es in diesem Park nicht ausreichend Rundwege gäbe. Auch hier werden historische

Am deutlichsten ist dies natürlich an der Berichterstattung über den Konflikt zum geplanten Abriss der Fachhochschule zu sehen. Während die Lokalmedien die „fehlende demokratische Reife“ der Bewegung gegen den Abriss beklagen, bewundern andere Medien den Mut und das Engagement der Stadtgesellschaft von unten und betonen das Potential für eine demokratische Stadt. Selbstverständlich hatte auch dieser Konflikt wieder sein Bürgerbegehren, hier stellte dann das Verwaltungsgericht fest, die Bürger*innen hätten nicht gewusst, über was sie eigentlich abstimmten – eine neue Logik von demokratischer Partizipation.

Bei all den Formen von Abriss, Ausverkauf und Privatisierung berufen sich die demokratischen Mehrheitsentscheider*innen in der Regel auf ihren eigenen Grundsätze zur behutsamen Wiederannäherung an den historischen Stadtgrundriss von 1990¹³. Deshalb sein hier noch einmal an die schlussfolgernden Leitlinien der Denkmalpflege in Potsdam heißt es 1991 erinnert:

„Trotz der hohen Verluste an historisch und künstlerisch hochwertiger Bausubstanz kann angesichts der seit Jahrzehnten andauernden großflächigen Zerstörung und des Umbaus der Stadt die Hauptaufgabe der kommunalen Denkmalpflegebehörde nicht in dem Nachbau ganzer Stadtteile sowie einzelner Großbauten bestehen. (...) Das Errichten von Gebäudekopien darf nur auf wenige Ausnahmen, z.B. auf das Ergänzen bedeutender Ensembles, beschränkt bleiben.“¹⁴

In den vergangenen 27 Jahren haben städtische Politik und parlamentarische Mehr-

heiten zum Verkauf fast aller öffentlicher Flächen und Gebäude der Stadt geführt und der Stadt selbst fast alle Handlungsmöglichkeiten genommen. Investoren sind reich geworden, Potsdam wurde zur „teuersten Stadt im Osten“ und die Kommune hat gewaltige Schulden und kann selbst Kitas und Schulen nicht ausreichend bauen. Da ist was gewaltig schief gelaufen!

¹ Vergl. Hallo Potsdam, 2009, „Stadtumbau und Kapitalismus“

² 12 Grundsätze der behutsamen Stadterneuerung in Potsdam, siehe www.stadtmittefueralle.de/KONTEXT

³ Neben einigen Garagengrundstücken und den Kleingartenkolonien ist nichts geblieben. Einzig im Entwicklungsgebiet Krampnitz bietet sich die Gelegenheit, ausserhalb der an die „Deutsche Wohnen“ verkauften Bereiche Stadtentwicklung in Erbbaupacht zu gestalten. Auch dort ist Privatisierung jedoch Ziel

⁴ Potsdam erlebte bis 1989 bis 2005 ohnehin einen einzigartigen Austausch der Bevölkerung: Zwei Drittel der

Potsdamer Bevölkerung verließ Potsdam, zwei Drittel kamen neu dazu. Zum Bevölkerungsaustausch nach

Mauerfall: sehr lesenswert die Berliner Zeitung 2005: <http://www.berliner-zeitung.de/~nirgendwo-war-der->

bevoelkerungsaustausch-so-gross-15847002

⁵ Einer der sogenannten Kompromisse der Potsdamer Rathauskooperation. <http://www.maz-online.de/Themen/Bauen-Wohnen/Doepfner-rekonstruiert-Pfingstberg-Park-allein>

⁶ Hier kam dann der Unternehmer Groth zum Zug, der vor allem in Berlin einen denkbar schlechten Ruf hat und in diverse Berliner Immobilienskandale verwickelt war. Siehe auch: <http://www.prenzberger-stimme.de/?p=56891>

⁷ Zum Krampnitz-Deal: www.tagesspiegel.de/berlin/verkauf-von-brandenburger-liegenschaften-krampnitz-eine-skandalgeschichte/9326168.html

⁸ <http://www.tagesspiegel.de/berlin/wohnungsmarkt-in-berlin-deutsche-wohnen-will-knapp-4000-wohnungen-kaufen/19479954.html>. Für die Deutsche Wohnen geht es in Krampnitz um mehr als 2000 Wohnungen. <http://www.pnn.de/potsdam/1190390/>

⁹ Zu dieser Auslöschung die Dokumentation u.a. der Gruppe „bittestehenlassen“: <https://bittestehenlassen.noblogs.org/schaufenster/plakate-und-flyer/>

¹⁰ Sehr lesenswert hierzu Matthias Grünzig Artikel in der Bauwelt, 2015 www.bauwelt.de/dl/888822/artikel.pdf

¹¹ „Realer Irrsinn“ befand auch EXTRA 3, das Satiremagazin des NDR: <https://www.youtube.com/watch?v=GJY49BzJpU>

¹² „MAKE POTSDAM GREAT AGAIN“ titelte die FAZ im April 2017 <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/stadtplanung-make-potsdam-schoen-again-14953237.html> ARTE- Metropolis mit dem Metropolenreport zu Potsdams Mittekonzflikt <https://www.youtube.com/watch?v=srgbpc72rEo> und viele weitere

¹³ Der Originaltext: „Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Der Oberbürgermeister wird beauftragt (1) energische Anstrengungen zu unternehmen, dem weiteren Verfall der verbliebenen echten historischen Bausubstanz Einhalt zu gebieten. (2) eine langfristige, die Jahrtausendwende überschreitende Konzeption für eine von Verantwortung getragene behutsame Wiederannäherung an das charakteristische historisch gewachsene Stadtbild zu entwickeln.“

¹⁴ Vgl. www.stadtmittefueralle.de/KONTEXT

Ceci n'est pas une démocratie - Ein kritischer Blick auf den Bauchnabel der extremen Mitte

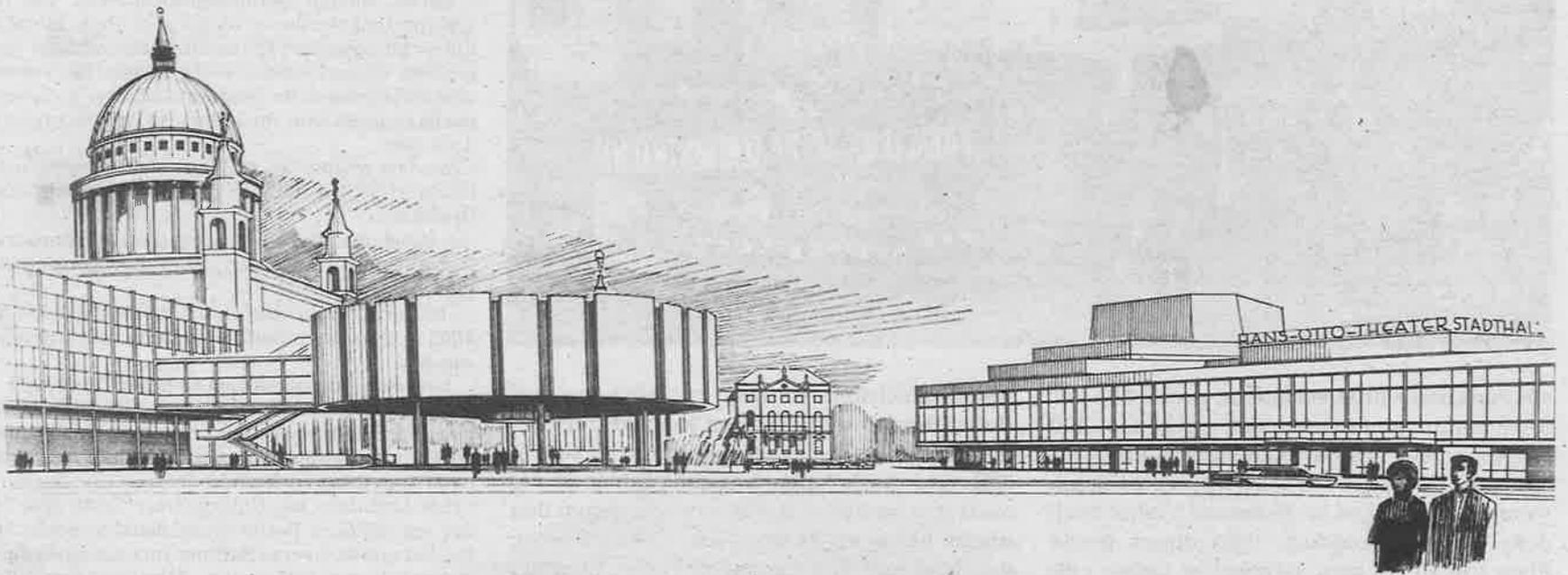
Im Januar 2016 wurde auf dem Campus der Uni in Golm eine Bronzeplastik eingeweiht, die an die Opfer der Absolventen der „Juristischen Hochschule Potsdam“ erinnern soll, einer Hochschule des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit, die den Standort übernom-

zutiefst. Und nicht nur den Geheimdienst, das ganze Hochschulwesen der DDR. Hier hätten Leute „Marxismus – Leninismus“ gelehrt und hinterher ungestraft weiterleben können! Und alle miteinander hätten unter dem Vorwand der Wissenschaftlichkeit Grundlagen für Unrecht und Grausamkeiten geschaffen! Sieh an, dachte ich, die extreme Mitte meldet sich zu Wort – ob sie auch manchmal der Opfer „unserer“ Geheimdienste und „unserer“ Wissenschaft gedenken, wo heute mit viel Fleiß ebenfalls Grundlagen für Unrecht und Grausamkeit geschaffen werden?

Mir kamen die Kriege im Nahen Osten, der NSU und Gladio in den Sinn. Und in der BRD

wurde, um möglichst effektiv Menschen und Umwelt auszubeuten. Sowa lernt man heute an den Unis, auch in Potsdam...

Die extreme Mitte, das sind jene Anhänger*innen der Marktradikalität, die die zerstörerischen Folgen der eigenen Politik komplett ausblenden, solange sie selbst vom Status Quo profitieren. Die z.B. stolz auf Deutschland sind, weil die deutsche Wirtschaft in der Krise so gut besteht, ohne sich anzuschauen, warum das so ist. Und die nicht müde werden, mit glühendem Eifer gleichermaßen nach links wie nach rechts austeilten. Die bei jeder Gelegenheit „alle Formen von Extremismus“ anprangern – gleichgültig,



men hatte, nachdem es in den 1930er Jahren als Kasernengelände gebaut wurde. Seit Anfang der 1990er Jahre werden die Gebäude von der nach der Wende neu gegründeten Universität Potsdam genutzt, die im Zuge ihrer Vergangenheitsbewältigung dieses Mahnmal errichten ließ. An sich ein feiner Zug: den Opfern von Geheimdiensten zu Gedenken ist nie verkehrt, und so kam auch ich zur Eröffnungsveranstaltung.

Die Reden, die von den anwesenden Honoratior*innen gehalten wurden, trafen mich allerdings wie ein Hammer auf den Kopf. Was uns Anwesende erwartete, war keineswegs eine kritische Auseinandersetzung mit Geheimdiensten, mit Ihren Einrichtungen und Praktiken, und eine Anerkennung derer, die Ihnen zum Opfer fallen. Nein, es ging ein weiteres Mal um DDR-Bashing auf höchstem Niveau. Versteht mich nicht falsch: ich habe nichts gegen ein gepflegtes DDR-Bashing - wenn man auf der anderen Seite auch den eigenen Bauchnabel kritisch betrachtet. Die anwesenden Würdenträger*innen schienen aber gar kein Problem mit Geheimdienstpraktiken zu haben – nur den der DDR verabscheuen sie

kann heute ungestraft und wohl situiert leben, wer z.B. VWL oder BWL lehrt – obwohl die heutige Doktrin des Freien Marktes für alle offensichtlich Millionen Menschen rund um den Globus ins Verderben gestürzt hat. Heuschrecken-Konzerne, McKinsey, Klimawandel, Plastikkontinente, leergefischte Meere, Versteppung, Flüchtlingsströme, Gentechnik... Generationen von Wissenschaftler*innen, Politiker*innen und Manager*innen der wirtschaftlich starken Nationen haben die (Welt) Wirtschaft zu dem ausbeuterischen, menschen- und umweltfeindlichen System geformt, das wir heute kennen. Die Welt steht in Flammen, dank ihrer Arbeit. Oder Informatik: Edward Snowden hat ein Blitzlicht darauf gerichtet, was westliche Geheimdienste damit alles anstellen können – und wenn das aus Versehen öffentlich wird, kommen Leute wie er wegen Geheimnisverrats hinter Gitter. In Gedanken forme ich eine Stehle, bin auf einer Gedenkveranstaltung in der Zukunft, wo Menschen der Opfer des Kapitalismus gedenken, der jahrhundertlang, und wenn nötig mit Waffengewalt, von den Global Players in immer weitere Teile der Welt vorangetrieben

ob deren Vertreter*innen einen gesellschaftlichen Umbruch hin zu einer gleichberechtigten, solidarischen Welt oder zum eigenen autoritären Herrschaftsanspruch anstreben. Und die dabei gar nicht merken, dass ihr eigener Standpunkt der BWL-Logik alles andere als politisch neutral ist.

Auch nach der symbolischen Besetzung des Fachhochschul(FH)- Gebäudes Mitte Juli meldete sich diese extreme Mitte wieder zu Wort. Hier hatten etwa 40 Leute in zeitlicher Nähe zu einer Diskussionsveranstaltung unter Ankündigung und bewusst öffentlich wahrnehmbar ein Mittel des zivilen Ungehorsams gewählt, um den anstehenden Abriss eines öffentlichen Gebäudes in einer breiten öffentlichen Diskussion in Frage zu stellen. Und wurden von 200 Polizist*innen abgeräumt. Die Politiker*innen und Medien schäumten vor Erregung und sahen darin einen Rechtsbruch, den es zu verfolgen und mit der vollen Härte des Gesetzes zu bestrafen gelte. Einen Mangel an Verständnis und Respekt vor der Demokratie – schließlich habe es eine demokratische Entscheidungsfindung zur Gestal-

tung der Neuen Mitte gegeben.

Sieh an, denke ich mal wieder, was haben die eigentlich von Demokratie verstanden? Wie sähe es hier wohl aus, wenn politischer Protest nie den gesetzlich vorgesehenen Rahmen verlassen hätte? Und ich freue mich über den Mut der Besetzer*innen, strafrechtliche Verfolgung in Kauf zu nehmen, um sich in einer stadtpolitischen Frage Gehör zu verschaffen. Denn entgegen der medialen Darstellung war das kein selbstsüchtiger Akt einer undemokratischen Minderheit, sondern ein Versuch, im letzten Moment noch einmal die Reißleine zu ziehen und eine folgenschwere Umstrukturierung der Potsdamer Stadtmitte endlich öffentlich zur Diskussion zu stellen. Denn wer schon einmal einen Einblick in das Fraktionsgebaren innerhalb unseres Stadtparlamentes erleben durfte, kennt diese sogenannte „demokratische Entscheidungsfindung“. Es gibt eine starke Lobby der rückwärts gewandten Ästhetiker*innen, die das Stadtbild Potsdams zu einem Ensemble aus barocken Fassaden und Sichtachsen umgestalten, koste es, was es wolle.

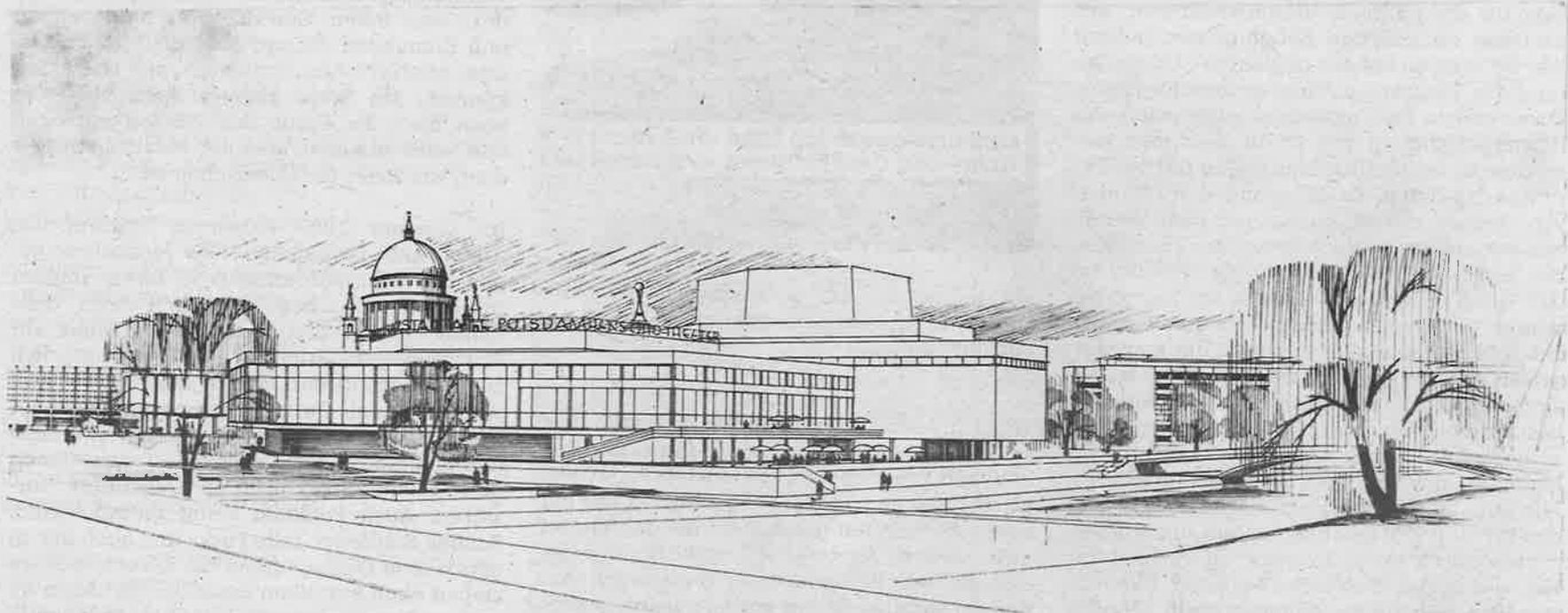
Wir erinnern uns an die Entscheidungsfindung zum Neubau des Stadtschlusses: Hier wurde nach mehrmaliger Ablehnung des Plans durch die Stadtverordneten einfach so lange abgestimmt (im Ganzen drei Mal), bis der Neubau des Stadtschlusses angenommen wurde. Das Parlament konnte ins Schloss umziehen, der alte Landtag auf dem Brauhausberg wurde verkauft (und hinterher für ein Vielfaches als Flüchtlingsunterkunft wieder angemietet. Herzlichen Glückwunsch). Im Fall der FH steht die Stadt im Begriff, ein großes Areal im

stimmung über Verkauf und Abriss möglich sein – obwohl der Beschluss für den Abriss schon über 20 Jahre alt ist. Teil der „demokratischen Entscheidungsfindung“ war auch das Absagen eines Bürger*innenbegehrens, das im Sommer 2016 innerhalb kürzester Zeit über 14.000 Unterschriften gegen das städtische Konzept der Neuen Mitte zusammenbrachte – und kurzerhand aus formalen Gründen für ungültig erklärt wurde, denn sonst wäre ein Bürger*innenentscheid notwendig gewesen.

Der Alte Markt gilt historisches Zentrum und soll als solches wiederbelebt werden. Das ist gut, denn der Bereich gerade um FH und Staudenhof ist trotz seiner vielen Nutzungsmöglichkeiten sichtlich vernachlässigt. Die Stadtober*innen möchten in diesem Zug ein weiteres Relikt der DDR auslöschen, denn auch deren Architektur ist ihnen ein Dorn im Auge. Warum eigentlich? Schon zu Zeiten der DDR gab es Pläne, wie der Alte Markt gestaltet werden sollte, um als zentraler Ort der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stehen. Und die Idee war sympathisch. In den 1960er und 70er Jahren begann (nicht nur) in Europa eine Zeit des Aufbruchs, auch in der DDR. Es gab bemannte Raumfahrt, Satellitenbilder, die grüne Revolution, Elektromusik – dank moderner Technik schien alles möglich, bis zur Besiedlung anderer Planeten. In der BRD brach die 68er Bewegung aus der muffigen Spießbürgerlichkeit ihrer Elterngeneration aus und experimentierte mit neuen Lebensformen. In der DDR war das aufgrund der eingangs erwähnten staatlichen Kontrolle und Repression weit weniger möglich (und auch hier gab es z.B. die Beat-Szene),

kann kritisieren, dass dieser Optimismus das vom Zentralorgan angeordnete Ideal und die Begleitmusik seines repressiven Staates war, aber er war auch Ausdruck eines zukunfts-gewandten, schöpferischen Zeitgeistes auch außerhalb der Staatsführung, der eine neue, bessere Welt schaffen wollte. Das ist das Sympathische an DDR-Kunst im Stadtraum, und auch an DDR-Architektur.

Und das ist gleichzeitig das unsympathische an der Rückwärtsgewandtheit, mit der heute in Potsdam Stadtplanung betrieben wird. „DDR = Unrechtsstaat = kann weg“. Mal abgesehen von dem schon vielzitierten Umstand, dass aber eben auch die DDR Teil der Geschichte Potsdams ist, und für viele Menschen der über sie hereinbrechende Westen nicht nur Segen brachte, ist hier wiederum frappierend, mit welcher Unbefangenheit man sich dem feudalen Preußen hinwendet. Der Adel und später auch das Bürgertum hatten es ja wirklich schön in ihren Schlössern, Villen und Parks, da heißt die Maus keinen Faden ab. Aber alles andere? Kein Bruch, keine Neuerfindung. Keine Spur von Kritik am demokratiefeindlichen Monarchismus, an absolutistischer Allmacht und Völlerei, an Leibeigenschaft, Fron, Armut und Abhängigkeit. An den langen und blutigen Kämpfen der Bauernbefreiung. Im Gegenteil: die von demokratischen Revolutionär*innen niedergewungenen Symbolle der preußischen Macht werden heute völlig losgelöst von ihrem politischen Kontext einzig aufgrund ihres ästhetischen Gehalts gefeiert. Da fahren Busse mit einem überlebensgroßen Langen Kerl in voller Montur durch die Stadt – heutiges Äquivalent wäre wohl ein Soldat eines Son-



Herzen der Stadt an Investoren zu verkaufen und damit jegliche Einflussmöglichkeit auf Nutzung und Mietentwicklung aus der Hand zu geben, während es Bedarf an einer auch für die Stadtkasse durchaus günstigeren Weiternutzung des Bestands gibt. Hier soll aber keine weitere Diskussion oder etwa Neuab-

aber gerade im Ostblock gab es einen starken symbolischen Bezug auf eine goldene Zukunft, der sich auch in der Architektur niederschlug. „Wir und die Zukunft!“ ist die Aussage vieler Kunstwerke und Gebäude aus dieser Zeit, und auch dem Modell des Alten Marktes sah man diese Stimmung an. Man

dereinsatzkommandos in Tarnklamotten, eine Panzerfaust über der Schulter – und ich frage mich immer wenn ich so einen sehe, warum es hier eigentlich keine Gedenkveranstaltung für die hunderttausenden Opfer preußischer Herrschaft gibt. Komisch, oder?

Autodemodiktakratie

Sommer 1989: Stadtbildprägende Bauten werden abgerissen, doch der undemokratische Parteienbund unter Führung des Genossen Oberbürgermeisters ignoriert die lauten Proteste aus der demokratischen Bürgerschaft. Ebenso die lokalen Medien. Heute ist zum Glück alles anders. Der demokratische Parteienbund unter Führung des Genossen Oberbürgermeister weiß genau, was für das Volk gut ist, und lässt stadtbildprägende Bauten abreißen. Lokale Medien erklären ihren Lesern freundlicherweise, wie man richtig denkt und welche Meinung man jetzt haben sollte. Proteste, Unterschriftenlisten und große Teile der Stadtbevölkerung allgemein gelten als noch nicht reif für diese Demokratie. Nun ist Demokratie aber ein sehr dehnbare Schlagwort. Steht die Politik unter dem Druck der Wähler? Oder doch eher des Immobilienmarktes? Entspricht nicht diese kompromisslose Vorgehensweise womöglich jener Denkweise, die schon zur Sprengung von Stadtschloss und Garnisonkirche führten? Wie sieht Demokratie also in Potsdam heute aus?

Oft könnte man meinen, demokratische Bürgerbeteiligung in Potsdam ist die Geschichte der tendenziösen Fragestellungen. Beim Standort des neuen Landtages wurden die Gegner des Stadtschlusses in verschiedene Untergruppen aufgespalten. Insgesamt war die Mehrheit gegen einen Landtag am Alten Markt, die größte Einzelgruppe sprach aber für den Standort am Stadtschloss aus. Zu tendenziös sollten Fragen künftig also nicht mehr gestellt werden. Tatsächlich hatte man bei der Befragung zur Schwimmhalle die entscheidende Option – den Erhalt der alten Halle – erst gar nicht angeboten. Trotz Wirbels aus dem Rathaus entschied sich das Volk gegen den bevorzugten Standort Bornstedter Feld und für den Brauhausberg. Eine klare Niederlage für die politisch Verantwortlichen, aus der man für künftige Beteiligungen gelernt hat. So wurden bei der geplanten „Umgestaltung des Lustgartens“ hinter verschlossenen Türen sieben Planungsbüros ausgewählt. Als Bürgerbeteiligung galt schon, dass man Vorschläge unverbindlich einbringen durfte. Der Abriss des Hotels als Ziel stand aber offenbar von Beginn an fest, wirkte mit dem Verfahren nur eben ergebnisoffener. Zum Schicksal der Fachhochschule wird nun gleich völlig auf das Volk verzichtet und selbst ein Bürgerbegehren für ungültig erklärt. Es gibt schließlich alte Parlamentsbeschlüsse, die man umsetzen müsse. Zur Erinnerung: 1992 wurde auch der Ausbau des Obus-Netzes in Potsdam beschlossen. Warum fährt er dann trotzdem nicht mehr?

Es lassen sich viel mehr Beispiele aufführen: Wie man es mit vielfältigen Mitteln schaffte, den Erhalt des Minsk und Ausbau zum Kindergarten durch einen Investor zu verhindern. Wo, wie in der Bertinistraße, jeder Eigentümer eine Stimme bei Anliegen hatte, wurden große Stadtgrundstücke eben in kleinere zerteilt, bis die Mehrheiten stimmten. Und wenn die Bürgerinitiative „Westkurve“ seit Jahren die Umsetzung des städtischen Leitbildes anmahnt, gilt das heute schon als Provokation. Es entsteht der Eindruck, politische Beteiligung ist nur dann gewünscht, wenn das Ergebnis auch den bestehenden Planungen entspricht. Doch welche Rolle in der Demokratie ist dann der Bevölkerung noch zugedacht? Sie dürften am Straßenrand stehen und jubeln. Juču!

Warum die Mieten steigen ...

Oft klingt es immer wie ein Naturgesetz: Die Mieten steigen eben – auch und gerade in Potsdam. Die Mietpreisbremse wirkt nicht, der Mietenspiegel bietet aktuell eigentlich auch eher den Raum für Mieterhöhungen und die Stadt selbst hat sowieso keine eigenen Wohnungen mehr. Zwar werden immer mehr neue Wohnungen gebaut, aber auch das hilft bisher nicht viel.

Warum also steigen die Mieten?

Die in der Debatte am meisten genannten Argumente sind der ungebremsste Zuzug in die Groß- und Universitätsstädte und die Versäumnisse im Wohnungsbau der letzten Jahrzehnte. Das wäre das klassische marktwirtschaftliche Argument. Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis und das ist dann wirklich schon fast alternativlos.



Kapitalanlage in Top Lage - historisches Wohn- und Geschäftshaus - vollvermietet

<https://www.immobilienscout24.de/expose/>

Wir haben mal ein paar weniger genannte Gründe zusammengetragen, die gut auch für Potsdam gelten:

Wenn Investor*innen heute Wohnungen bauen, dann geschieht dies in der Regel „im gehobenen Preissegment“, wie es in der Eigenwerbung dann so schön heißt. Man könne gar keine Wohnungen neu bauen, die dann unter 10 – 12 €/ m² Miete liegen, steht dann in der Zeitung. Fakt ist, viele dieser Wohnungen werden am sozialen Bedarf vorbei gebaut, gerade Potsdam bräuchte kleine, einfache Wohnungen für junge Leute und Student*innen und Mehrzimmer – Wohnungen für Familien mit Kindern. Statt dessen werden Lofts und Apartments angeboten – „im Luxussegment mit gehobener Ausstattung“.

Nicht selten sind dann vor der Baustelle große Schilder zu sehen, wo steht: „Hier bauen wir Ihr Anlageobjekt!“ Gerade in den Zeiten niedriger Zinsen sind Immobilien eine lukrative Anlage für freies Kapital. Solche Anlageob-

jekte werden oft mehrmals und immer wieder veräußert. In der Regel baut eine Immobilienfirma ein Objekt und verkauft es dann an einen Anlagefonds (oft auch aus anderen Staaten wie USA, Rußland, GB), der auf die Wertsteigerung der nächsten Jahre spekuliert und es dann weiterverkauft. Erst an dieser Stelle werden in der Regel die einzelnen Wohnungen als Eigentumswohnung und Wertanlage verkauft. Auch diese nutzen die neuen Besitzer*innen mehrheitlich nicht selbst und übergeben sie zur Vermietung und Verwaltung an einen Immobilienverwertungsfonds (Alt & Kelber zum Beispiel). Das Problem ist: In allen Teilen dieser Wertschöpfungskette wollen die Anteilseigner Gewinn abschöpfen. Dieser Gewinn muss aber erwirtschaftet werden – eben über hohe Mieten.

Sanierungen sind heute einer der Hauptgründe für erhebliche Mietsteigerungen. Die Ankündigung von Sanierungen sind oft gleichbedeutend mit der Ankündigung von höheren Mieten (wie gerade in der Heidesiedlung). Auch die Mietpreisbremse gilt hier nicht. Hauptgrund für diese Entwicklung ist, dass Immobilienfirmen das Instrument der sogenannten „zeitgemäßen und nachhaltigen Sanierung“ gern nutzen, um höhere Mieten durchzusetzen, was ohne diese Sanierung gesetzlich begrenzt ist. Die Bedürfnisse der Mieter*innen spielen dabei oft keine Rolle wie aktuell bei der Sanierung am Brauhausberg zu beobachten. Statt dessen wird all das eingebaut und neugebaut, was wert- und mietsteigernd ist: Einbauküchen, Fußböden, neue Sanitärtrakte, Balkone und aufwendige Dämmsysteme. Subsanierungen, wie sie durchaus und im Einvernehmen mit den Mieter*innen möglich wären, lehnen die meisten Firmen – auch die Pro Potsdam ab. Deshalb ist ein Grundproblem der Stadt Potsdam, dass sie fast ausschließlich auf Investor*innen, große Immobilienfirmen und Wohnungsgesellschaften baut. Diese bauen das, was ihnen Gewinn, Wertsteigerungen und Einnahmen bringt, aber eben nicht das, was Mieter*innen brauchen und bezahlen können. Am Ende können diese vielleicht noch über die Farbe der Fliesen mitreden und sonst nehmen, was der Markt hergibt – egal, wie teuer der inzwischen ist.

Im Sommer 2017 haben in Städten wie Athen und Barcelona viele Menschen gegen den Massentourismus in ihren Städten protestiert. Das begründet sich darin, dass immer mehr Tourist*innen in vor allem auf Tourismus ausgerichteten Städten natürlich zur Steigerung der Mieten beitragen – weil Wohnungen als Ferienquartiere umgewidmet werden, weil der Druck auf den Wohnungsmarkt verstärkt wird, weil viele Tourist*innen gewachsene Strukturen in Quartieren zerstören. Auch Potsdam kennt diesen Trend. Schöne Schlösser, tolle Parks und auch der so gepriesene Wiederaufbau der barocken Mitte ziehen eben vor allem neue Tourist*innen an und sind weit weniger als Teil einer lebendigen Stadt der Bürger*innen gemeint.

Alle diese Gründe sind aber KEIN Naturgesetz, sie sind NICHT alternativlos. Eine Stadt wie Potsdam kann eine andere Immobilienpolitik machen – wenn sie es wollte.



Stadt für alle!

„Stadt für alle“ ist das Logo und das Selbstverständnis von vielen Menschen, welche sich aktiv einmischen, ihre Stadt mitzugestalten. Menschen, die sich nicht darauf verlassen, dass der Markt alles regelt. Menschen, die sich engagieren, wenn andere vertrieben und ausgegrenzt werden. Menschen, die sich nicht mit parlamentarischen Beschlüssen zufrieden geben. Menschen, die Lust haben auf eine lebendige, vielfältige und kreative Stadt. Menschen, die auf Nachhaltigkeit und ökologische Mobilität setzen. Menschen, die sich nicht auf Investor*innen verlassen. Menschen, die Häuser bauen, die denen, die drin wohnen, gehören!

Ihr habt Lust, Kraft und Energie, da mitzumachen?

Ihr findet, es wird Zeit, den kommunalen Eliten und Immobilienkonzernen zu zeigen, wem die Stadt gehört?

Dann habt Ihr hier die Kontakte:

„Stadt für alle“ - Bündnis für eine soziale und gerechte Stadt
<https://stadtfueralle.de/>
stadtfueralle@posteo.net

„Stadtmitte für alle“ - Gemeinsam für den Erhalt öffentlicher Flächen in der Innenstadt
<http://stadtmittefueralle.de/>
kontakt@stadtmittefueralle.de

Potsdamer Mitte Neu Denken – Bündnis für eine Stadtmitte, die die Vielfalt des Vorhandenen sichtbar macht
<https://www.potsdamermitteneudenken.de/>
info@potsdamermitteneudenken.de

Initiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche
<https://ohnegarnisonkirche.wordpress.com/>
info@ohne-garnisonkirche.de

Rechenzentrum Potsdam – Kreativzentrum mitten in Potsdam
<http://rz-potsdam.de/cms/>
verein@rz-potsdam.de

Mietshäusersyndikat – Die Häuser denen, die drin wohnen
<http://syndikat.blogspot.eu/>
beratung@projekthaus-potsdam.de

Und: Viele Mieter*inneninitiativen am Brauhausberg (Mieteschön), in der Heidesiedlung, im Musikerviertel, in der Tuchmacherstraße ...

LESERBRIEF

und KOMMENTAR zum Umgang mit den „#mundtot Gemachten“ bei Miteschöns Dinner-Demo am Alten Markt

„Ich war gestern auf dem Alten Markt und habe die Kunstaktion der „Mundtoten“ miterlebt. Der Bürgerbewegung gegen die „Barockisierung“ der Potsdamer Innenstadt wird ja gern „Gestrigkeit“ unterstellt. Bei den Teilnehmern der Kunstaktion – übrigens ja geladene Gäste der Veranstaltung – habe ich überwiegend junge Menschen gesehen, die sich von einem Mitteschön-Gast z.B. auch anhören mussten, dass sie „ins Gas“ gehörten. Soviel zu ewig gestriger Gesinnung...“

Wolfgang Joop hat sich im MAZ Artikel zitieren lassen mit dem Satz: „Zur Entwicklung der Stadtmitte mit der Wiederannäherung an den historischen Grundriss gebe es „keine Alternative“ und „die endlosen Diskussionen mit den alten roten Socken sind mühsam und längst ad acta gelegt.“ Dabei würde mich interessieren, wie Herr Joop als Ästhet und Künstler die schwülstige Kulissenarchitektur des Alten Marktes mit schemenhaft barockverputztem Beton optisch für sich rechtfertigt. Alle Gegner dieser preußischen Themenpark Gesinnung als „Rote Socken“ zu diffamieren, ist gerade bei den zugereisten Millionären und Plutokraten eine besonders gern gewählte Unterstellung.

Ich bin in Potsdam geboren und habe in jungen Jahren als politischer Häftling (unter anderem in der Lindenstraße) die DDR von ihrer repressivsten Seite erlebt. Nach siebenmonatiger Haft wurde ich zwangsausgebürgert. Obwohl ich mich in Westberlin bis zur Selbstaufgabe als Wessi assimiliert hatte, kehrte ich Ende der 90er Jahre wieder nach Potsdam zurück. Als Mutter mit Kind bot Potsdam

damals einfach die bessere Lebensqualität. Natürlich erinnerten mich anfangs gerade die alten DDR Bauten an das Leben, dass ich so dringend hinter mir lassen wollte. Letztlich, spiegelten sie mir aber meinen inneren Konflikt von Herkunft und Identität, der unbedingt versöhnt werden wollte. Potsdam hat mir also nichts getan – es ist meine Heimat, die ich vorbehaltlos schön finde – mit ihren Wundern und Wunden.

Jetzt wird aber meiner Heimatstadt etwas angetan. Was heute durch die systematische Tilgung des Architektonischen Erinnerens an die DDR Vergangenheit geschieht ist vergleichbar mit der Gewalt, die der Stadt im Sozialismus angetan wurde – nämlich ideologische Säuberung. Und dass sich das System durch eine absolut friedliche und kreative Kunstaktion so bedroht fühlt, dass es diese von einer Überzahl Polizisten in voller Montur in rigider Weise einkesseln lässt, hat mich an genau die Zeiten erinnert, die von den Verantwortlichen durch städteplanerische Kosmetik übertüncht werden soll.

Ich habe in beiden Welten gelebt und meine Erfahrung ist, dass pure Assimilation ohne echte Integration früher oder später zu seelischer Verformung führt. Die Hülle prägt den Menschen – das weiß auch Wolfgang Joop, und so sollten wir uns fragen, wie wir zukünftig als Potsdamer in unserer Stadtmitte leben wollen: Als Randfiguren eines steinernen Disneyland der „geschenkten Kulissen“ zur Schau gestellt für Touristen in dem der Großteil der Menschen nur noch am Rande der Stadt existieren können? Oder in einem widersprüchlichen aber dafür lebendigen und für alle offenen Zentrum, das Raum bietet für Partizipation, für soziale Aktivitäten oder bezahlbaren Wohnraum und in dem frei nach Friedrich dem Großen „jeder nach seiner Fassung selig“ werden kann.“

Beate Goreczko, Potsdam



Vieles, was in Potsdam passiert, ist nur mit viel Humor, manchmal auch Satire und sogar Zynismus zu ertragen. Das Hofieren von Immobilieninvestoren, der radikale Ausverkauf der Stadt, der kompromisslose Umbau der Mitte zu einem barocken, preußischen Disneyland, die Ignoranz von Bürger*innenbeteiligung und nicht zuletzt die immer weiter steigenden Mieten sind manchmal vielleicht nur zu verstehen, wenn man mal ganz anders denkt und die Perspektive wechselt.

Restaurant Minsk ist Geschichte – Café Versailles kommt

Das ehemalige Terrassenrestaurant Minsk auf dem Brauhausberg verfällt seit Jahren, doch nun gibt es eine überraschende Wiederverwendung. Ein renommiertes französisches Konsortium hat das Objekt gekauft. Entstehen soll dort ein französisches 4-Sterne Restaurant, gewidmet der neuen Partnerstadt Potsdams – die französische Residenzstadt Versailles.

Das Restaurant Minsk eröffnete 1977 in Potsdam als Symbol der Städtepartnerschaft zwischen Potsdam und Minsk. Ein Künstlerkollektiv aus der weißrussischen Hauptstadt war mit der Innengestaltung beauftragt, für die auch wertvolle Baumaterialien wie Mooreiche aus der damaligen Sowjetunion zur Verfügung gestellt wurden. In Minsk gab es ebenfalls ein Lokal, das den Namen Potsdam trug.

Keine 15 Jahre nach der Eröffnung musste der Betrieb eingestellt werden. Zwar gab es zwischenzeitlich verschiedene Nutzungen, doch nun steht das Haus seit rund 15 Jahren leer. Zuletzt gab es mehrere vergebliche Versuche, das architektonisch anspruchsvolle Terrassenrestaurant zu retten. Die Nutzung als Kita wurde von der Stadt genauso abgelehnt wie eine Initiative, auf dem traditionellen Brauhausberg wieder eine Brauerei zu errichten, die lokales Bier braut.

Stattdessen hat nun ein solventer Investor den Zuschlag bekommen, denn das Konzept hat die bürgerlichen Parteien fraktionsübergreifend von SPD über CDU bis Grüne überzeugt. Das ehemalige Terrassenrestaurant wird 2019 als französisches Gourmetrestau-

rant eröffnen. Der Oberbürgermeister konnte dem Investor das vertraglich gesicherte Zugeständnis abringen, dass das künftige Restaurant der neuen Potsdamer Partnerstadt Versailles gewidmet werde. Doch nicht nur der Name wird angepasst. Auch an der Fassade müssen barocke Schmuckelemente montiert werden, damit sich das Bauwerk in die Stadtlandschaft einfügt.

Um die Potsdamer Städtepartnerschaften gab es zuletzt Irritationen. Aus der Stadtverordnetenversammlung kam der Vorschlag, die Städtepartnerschaft nach Minsk zu erneuern. Weißrussland werde gemeinhin als die letzte Diktatur Europas bezeichnet und gerade deshalb wäre die Partnerschaft wichtig, um Kontakte zu pflegen und einen Austausch zu ermöglichen. Die Stadt Potsdam könne Verantwortung übernehmen und Jugendgruppen aus Minsk einladen. Insbesondere für Schüler- und Jugendgruppen könne ein kontinuierlicher Austausch eine Brücke jenseits von politischen Schwierigkeiten bauen, so die Initiatoren. Die Rathauskoalition lehnte den Vorschlag ab und verweist auf die neue, repräsentative Partnerschaft nach Versailles. Diese stünde der Landeshauptstadt, die oftmals als das deutsche Versailles bezeichnet wird, besser zu Gesicht, wie der Oberbürgermeister in einer Stellungnahme durch sein Büro verlautbaren ließ.

Bald nun wird man wieder auf der Terrasse über der Innenstadt sitzen und bei Champagner und Entrecôte den Blick auf das neue Schwimmbad blu und den Hauptbahnhof genießen können.

Der Oberbürgermeister ist glücklich über seinen neuesten Clou. Das Leben in Potsdam soll mit dem neuen Restaurant wieder ein Stückchen lebenswerter werden, zumal er selbst am liebsten französisch essen geht, wie er lächelnd gestand.

Zu spät.

Ein Kommentar zu Stadtentwicklung in Potsdam

Egal, was in der Stadt passiert, wer auch immer neue Ideen hat, etwas ändern möchte oder kritisiert:

Das Lieblingsargument der staatstragenden lokalen Zeitungen, von Politiker*innen der Parteien der kommunalen „Nationalen Front“ und natürlich der völlig unabhängigen städtischen Gesellschaft Pro Potsdam kommt immer wieder:

Zu spät.

Der Kaufantrag für den Erhalt der Fachhochschule.

Zu spät.

Die Sanierung am Brauhausberg Mieter*innengerecht gestalten.

Zu spät.

Die Stadtmitte behutsam umgestalten.

Zu spät.

Das Höchstgebotsverfahren beim Verkauf von Immobilien der Pro Potsdam ändern.

Zu spät.

Häuser und Flächen in öffentlicher Hand belassen.

Zu spät. (es gibt keine mehr!)

Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung neu diskutieren.

Zu spät.

Das Rechenzentrum erhalten.

Zu spät.

Mieterhöhungen stoppen.

Zu spät.

Demokratie und Bürgerbeteiligung in Potsdam.

Zu spät.

Lustig ist, das ausgerechnet die Grünen in Potsdam dieses Argument mit großer Freude verwenden.

Saskia Hüneke, ihres Zeichen Stadtverordnete der Grünen und vehemente Befürworterin einer barocken Stadtkopie beim MAZ – Talk Ende August 2017: „Was parlamentarisch beschlossen ist, gilt und kann nicht einfach geändert werden.“

Zu spät.

Nur, dass es bei dem Politikverständnis die Partei „Bündnis 90/ Die Grünen“ gar nicht gäbe. Wenn diese sich in ihrer Gründungszeit immer daran gehalten hätten, was scheinbar demokratische Mehrheiten mal beschlossen hatten?! Atomkraft? Massentierhaltung? Hochrüstung?

Heute gilt angesichts der vielen sozialen und politischen Kämpfe in der Stadt, des Engagements vieler Bürger*innen und der vielen kreativen Ideen für eine „Stadt für alle“, auch und vor allem für die Grünen:

Ihr seid „Zu spät.“ Zu staatstragend. Zu konservativ. Zu undemokratisch.

Karl, der Käfer



Interview

Wir haben den scheidenden OB, Herrn Jakobs zu einem Interview getroffen.



Oberbürgermeister der Herzen

Du bestimmst, was in den Geschichtsbüchern steht.

Hallo Potsdam: Herr Jakobs, 2009 haben wir uns schon einmal zu einem Interview getroffen. Sie hatten damals versprochen, eine Initiative zu starten, dass Großspender auch mal für soziokulturelle Projekte der Stadt Geld geben. Was ist daraus geworden?

Jakobs: Das wird was! Günther (Red.: Günter Jauch) wird für die Sanierung der Fachhochschule spenden! Wolfgang (Red.: Wolfgang Joop) zwei Syndikatsprojekte finanzieren und Hasso (Red.: Hasso Plattner) die Medienwerkstatt neu ausstatten!

Hallo Potsdam: Wie ist das passiert?

Jakobs: Keine Ahnung. Wir saßen mal wieder bei einem guten Glas Wein auf den Weinberg bei Mathias (Red.: Mathias Döpfner) und haben uns darüber amüsiert, wie sich die Grünen für unsere Stadtpolitik einspannen lassen und dann hatte irgendjemand die Idee, mal auszuwürfeln, wer unser Geld bekommt. Und da kam das raus.

Hallo Potsdam: Herr Jakobs, Sie treten 2018 nicht wieder als OB an. Was bleibt aus den vielen Jahren als Oberbürgermeister der teuersten Stadt des Ostens?

Jakobs: Das haben wir doch gut hinbekommen, oder? Ich weiß zugegebenermaßen nicht, wie das funktioniert. Schon 2009 hatte ich Ihnen ja erklärt, ich kenne die ganzen Investoren nicht, eigentlich hatte ich gedacht, die bauen alle Sozialwohnungen.

Hallo Potsdam: ... Haben sie aber nicht.

Jakobs: Nee und ich weiß nicht, warum. Herr Kirsch ist so ein sozialer Mensch, den müssten sie mal in den Investorentreffen erleben. Aber ich bin nicht böse: So wie es ist, ist es auch gut.

Hallo Potsdam: Warum?

Jakobs: Ach wissen Sie - die vielen Bänder, welche ich durchschneiden durfte, die vielen leckeren Büfets, die schönen neuen Häuser, die aussehen, wie früher, die vielen Leute

mit viel Geld, welche Einem auf die Schulter klopfen. Das war die ganze Aufregung schon wert.

Hallo Potsdam: Was waren denn die aufregendsten Augenblicke Ihrer Amtszeit?

Jakobs: Ganz klar. Wie haben wir die Linken gelinkt (lacht) mit der Befragung zum Stadtschloss, als wir nur noch nach dem Standort gefragt haben! Schön war es auch, als ausgerechnet Klipp über Korruptionsvorwürfe stürzte und dann niemand mehr weiter bohrte.

Hallo Potsdam: Aber das haben unsere Kollegen von MAZ und PNN bestimmt getan?

Jakobs: (Freut sich) Niemals! Zeitungen haben in dieser Stadt schon immer eine staatstragende Rolle gespielt. Wir hatten in meiner Amtszeit eigentlich nie Probleme miteinander. Sie haben immer respektvoll und ohne kritische Nachfragen berichtet, wenn ich in Sansibar war oder eine schöne Rede in Fahrland gehalten habe.

Hallo Potsdam: Herr Jakobs, wen wünschen Sie sich denn als Ihren Nachfolger?

Jakobs: Es wird schwer, in meine Fußstapfen zu treten. Vielleicht könnte der Hasso das, er baut so schöne barocke Kopien, wohin die ganzen Touristen kommen. Und der hat genug Geld.

Hallo Potsdam: Und was wünschen Sie sich für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Potsdam?

Jakobs: (überrascht) Ach so, um die geht es auch. (Können Sie das Gerät jetzt ausschalten?) Eigentlich nerven die vor allem, noch 5 Jahre halte ich das nicht aus. Die wollen genug Kitas und Schulen, die wollen richtig mitbestimmen, die wollen den ganzen Mist aus der DDR erhalten, keine Ahnung, aber das ist sicher eine Aufgabe, um welche ich meinen Nachfolger nicht beneide: Wie schaffen wir das, den Leuten in der Stadt das Gefühl zu geben, es ginge um sie und dann eine Politik ohne sie zu machen. Das habe ich doch ganz gut hinbekommen, oder?

Hallo Potsdam: Ganz sicher, Herr Jakobs, aber lesen Sie dazu ruhig mal unsere neue Ausgabe!



Oberbürgermeister der Herrschenden

Du bestimmst, was in den Geschichtsbüchern steht.

Spendenaufruf

150 000 € für die zweite Sprengung der Garnisonskirche!

Die erste Sprengung der Garnisonskirche am 23.6.1968 war politisch nicht unumstritten und sicherlich hätte eine halb zerstörte Ruine in der Potsdamer Innenstadt als Mahnmal gegen Faschismus und Krieg eindrucksvolle Dienste leisten können. Um so wichtiger ist nach dem Wiederaufbau der Garnisonskirche ein historisches Zeichen zu setzen und dieses Symbol kriegerischen Wütens und preußischen Größenwahns erneut - zum zweiten mal - zu sprengen. Dafür brauchen wir ca. 150 000 € für die Sprengtechnik.



Ein allseits bekannter nicht genannt werden wollender Großspender hat bereits 50 000 € zugesagt. Auf Anfrage teilte sein Büro mit, dass er nur Garnisonskirche im Spendenaufruf gelesen hätte und sofort den Scheck unterschrieben hat. Andererseits freut er sich schon auf die wochenlangen hitzigen Diskussionen in Potsdam und er selber liebt diesen Moment der empörten Sprachlosigkeit, den er vor und nach der Sprengung für längere Zeit genüsslich zelebrieren möchte. Auch plant er erneut vor „überwältigenden Mehrheiten“ der Stadtbevölkerung wortreich seine Sprachlosigkeit in Szene zu setzen.

Den Restbetrag von 100 000 € wollen wir durch Spenden finanzieren. Dazu werden in allen einschlägig bekannten Etablissements Sammelbüchsen aufgestellt.

Ein Antrag bei der EU-Kulturförderung wird vorbereitet. Wenn der Wiederaufbau der Garnisonskirche durch den Bund gefördert wird mit der Begründung, das sei eine Angelegenheit von nationaler Bedeutung, dann sind wir zuversichtlich, dass die 2. Sprengung als Aufgabe von internationalem Rang eingeordnet wird, wenn nicht sogar als zwingend zu erfüllender Auftrag der internationalen Gemeinschaft.

100 000 € für die 2. Sprengung der Garnisonskirche!

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Erfolgreiches Pilotprojekt in Potsdam abgeschlossen

Nach einer mehrjährigen Testphase ist ein Pilotprojekt in Potsdam erfolgreich beendet worden. Dabei handelte es sich um das innovative Konzept „Selective Vandalism“ aus den USA, das dort ein wichtiges Instrument der Stadtentwicklung und Raumplanung ist.

Nach diesem Ansatz lässt man ausgewählte Stadtbereiche gezielt verwahrlosen, um ein bestimmtes politisches und ökonomisches Ziel zu erreichen. Fast immer ist das Ziel, lukrative innerstädtische Grundstücke nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung zu vermarkten. Begünstigt wird dieser Ansatz durch Erkenntnisse aus der kognitiven Psychologie. „Die Mehrheit der Menschen vergisst vergleichsweise schnell, wie schön bestimmte Orte einmal waren, denn sie gewöhnen sich relativ schnell an Veränderungen“, wird Stadtpsychologe Ronald G. zitiert. Hinzukomme in Deutschland „eine tief verankerte Obrigkeitshörigkeit, mit einem fast blindem Vertrauen darin, dass die Regierenden am besten wüssten, was für die Bevölkerung am besten sei.“ In Potsdam wurden zunächst zwei Areale als Pilotprojekte deklariert. Der Bereich der Fachhochschule am Alten Markt samt Staudenhof und der Brauhausberg mit dem ehemaligen Terrassenrestaurant Minsk als Schwerpunktobjekt. In beiden Fällen stand zur Befürchtung, dass viele Menschen mit diesen Stadträumen sympatisieren und daher einen Erhalt der Gebäude und Ensemble befürworten würden.

In der ersten Phase wurden charakteristische Elemente dieser Ensemble zurückgebaut, um die architektonische und städtebauliche Qualität zu minimieren. An beiden Standorten waren es die Wasserspiele, die insbesondere bei Kindern beliebt waren. Solche Orte beschreibt Ronald G. als besonders problematisch, da sie geeignet seien, eine emotionale Bindung zu den Bewohnern der Stadt herzustellen. Im Staudenhof wurden daher das Kunstwerk Wasserharfe und am Brauhausberg die gesamten Wasserterrassen entfernt.

Anschließend begann die zweite Phase des „Selective Vandalism“. Während in anderen Bereichen der Stadt rigoros gegen Graffiti, Müll und Glasscherben vorgegangen wurde, ließ man es hier bewusst zu und nutzte es gezielt, um das Image dieser Bereiche zu verschlechtern.

Im Herkunftsland USA ging man sogar soweit, dass Mitarbeiter der Stadtverwaltung durch geeignete Maßnahmen mithelfen sollten, aktiv den Zustand der Verwahrlosung zu beschleunigen. Ob dies auch in Potsdam der Fall war, ist nicht bekannt.

Zusätzlich wurde auf Reparaturen und Pflege- sowie Instandsetzungsmaßnahmen verzichtet. Im Laufe der Jahre setzte sich bei einer immer größeren Anzahl von Bewohnern im Kopf fest, dass es sich bei diesen Stadträumen um Schandflecke handelt – die alten Erinnerungen an diese Orte verblassten zunehmend. In dieser Phase kann es problematisch sein, wenn Bewohnerinitiativen beginnen, sich selbst um die Flächen zu kümmern. Im Staudenhof hatten Anwohner begonnen, Müll zu sammeln und die Grünanlagen zu pflegen. In diesem Fall bleibt der Stadt als Instrument lediglich, „möglichst viele behördliche Steine in den Weg zu legen“, wie ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung konstatiert. Als es kürzlich an der Fachhochschule am Alten Markt den Versuch gab, die Fassade neu anzustreichen, wurden Polizeikräfte eingesetzt, um diese Bürgerinitiative im Keim zu ersticken. In der zweiten Phase müssen die Anwender des „Selective Vandalism“ Ansatzes kontinuierlich verlaublich lassen, dass ihre Entwicklungspläne für diese Areale die einzig sinnvollen und machbaren Lösungen wären. Im Idealfall lässt man Entscheidungsprozesse demokratisch aussehen, um der unbeteiligten Mehrheit zu suggerieren, dass die Entwicklungen nicht durch Lobbyismus gesteuert werden, sondern durch eine vermeintliche Gemeinwohlorientierung.

In Potsdam kam es jedoch auch zu kritischen Interventionen und Versuchen echter Bürgerbeteiligungen, die gezielt torpediert werden mussten. Aus diesem Grund handelt es sich in Potsdam gewissermaßen um eine Weiterentwicklung des ursprünglichen städtebaulichen Instrumentes aus den USA, dass hier als

ACHTUNG: SATTIRE!

„Selective Democracy“ bezeichnet werden könnte.

Trotz des Widerstandes in Potsdam gibt man sich in der Stadt zufrieden. Das Konzept „Selective Vandalism“ habe sich bewährt und konnte vor allem durch die geringen Kosten überzeugen. Man habe darauf verzichten können, aufwendige, nervige und kostspielige Beteiligungsmaßnahmen und Imagekampagnen durchzuführen. Stattdessen habe man den Prozess weitgehend sich selbst überlassen und im Hintergrund schon die zukünftige Entwicklung vorbereitet. Einer zukünftigen Anwendung des neuen Instruments stehe eigentlich nur im Wege, dass es in Potsdam kaum noch Flächen gibt, wo „Selective Vandalism“ eingesetzt werden könnte.

Nachrichten

Hohenzollernprinz meldet Kandidatur zur Oberbürgermeisterwahl an. Die SPD signalisiert ihre Unterstützung: „Hier wird die Stadtpolitik der letzten Jahre konsequent zu Ende gedacht!“.

G. Jauch feiert seinen 100. Hauskauf in Potsdam. Zu einem Büfett in der Spornstraße hat er auch 10 Kinder aus Familien eingeladen, die nach Brandenburg/ H. ziehen müssen, weil sie die Mieten in Potsdam nicht mehr bezahlen können.

Abriss in Waldstadt beginnt. Im ehemaligen „Wohnkomplex“ aus DDR – Zeiten entsteht ein Büro – und Geschäftszentrum. Außerdem ist die Wiedereinrichtung eines Jagdgebietes für Menschen mit einem Jahreseinkommen von mehr als 500.000 € geplant.

Das Wohngebiet am Brauhausberg kann jetzt doch von den Mieter*innen selbst gekauft und saniert werden. Die städtische Pro Potsdam gab ihr eigenes Vorhaben auf, nachdem ein anonymer Spender ihr 10 Mio. Euro überwiesen hatte.

Die städtische Gesellschaft Pro Potsdam hat bekannt gegeben, sich als Partei zu formieren und zur Kommunalwahl 2018 anzutreten. Im Grunde werden schon heute fast alle kommunalen Entscheidungen im Haus an der Pappelallee getroffen.



Was tun?

Aufruf:

Was haben Jauch, Kirsch, Plattner und Groth gemeinsam?

Sie leisten sich eine Stadt.

Was haben Müller, Jerhad, Nguyen und Jankowski gemeinsam?

Sie können sich diese Stadt nicht mehr leisten.

Die Einen bauen für Millionen neue Häuser oder kaufen alte und sanieren sie teuer. »Ihr neues Anlageobjekt« steht dann meist an den großen Bauschildern – nicht »Ihre neue Wohnung«, denn die können sich die Anderen nicht leisten.

Parallel spenden Jauch, Plattner und Co. Millionen, um sich eine Kopie ihres barocken, feudalen Potsdams zu bauen. Für Müller und Co. bleibt der Blick auf TouristInnen und Ku-

nun mal den Preis«, und: »Städtische Politik hat da sowieso nur begrenzten Einfluss«.

Wehren wir uns! Dies ist unsere Stadt! Wir sind Müller, Jerhad, Nguyen und Jankowski und wir lassen uns nicht länger verdrängen, entmieten und luxussanieren!

Schon lange brodelt es in vielen Teilen der Stadt: Die MieterInnen der Tuchmacherstraße haben sich ihr eigenes Haus von der Pro Potsdam erkämpft – trotz Höchstgebotsverfahren entgegen den »Empfehlungen« des »Wohnungspolitischen Konzeptes«, MieterInnen am Brauhausberg fordern endlich echte Bürgerbeteiligung und nehmen die Zukunft ihrer Häuser in die eigene Hand. Heidesiedlung, Staudenhof, Behlertkarree, Musikerviertel – an immer mehr Orten werden MieterInnen aktiv. Die Kreativen im Rechenzentrum werden keinem Nachbau einer Militärrkirche weichen und der Kampf um den Erhalt der Fachhochschule ist noch lange nicht vorbei! Gehen wir jetzt auf die Straße! Zeigen wir



lissenarchitektur, welche die Stadt noch ein bisschen teurer machen. Die Einen freuen sich, dass Preise bei Neuvermietungen und neu gebauten Wohnungen »unter 10 €/qm« nicht mehr möglich sind, die Anderen stellen fest, dass bei 50 % Mietanteil an ihrem Gesamteinkommen endgültig eine Schmerzgrenze erreicht ist.

Die städtische Politik der sogenannten Rathauskoalition lädt daraufhin zu Diskussionsrunden unter den Titeln: »Wohnungspolitisches Konzept« oder »Bürgerbeteiligung«. Am Ende stellen sie fest, dass die Ergebnisse eigentlich nur Empfehlungen seien, an die sich noch nicht einmal städtische Gesellschaften wie die Pro Potsdam halten müssen – Kirsch und Groth sowieso nicht. Die besprechen lieber bei sogenannten »Investorentreffen« mit dem Oberbürgermeister und Bauamt direkt, wie weitere Investitionen nach Potsdam geholt werden können, ohne andere mit einzubeziehen.

Am Ende steht eine der »teuersten Städte der neuen Bundesländer« – Tendenz steigend. Die Einen freuen sich über ihre Rendite, die Anderen ziehen weg. Politische Reaktionen: »Da ist nichts zu machen«, »Der Markt bestimmt

Jauch, Kirsch, Groth und Co, dass wir die Stadt sind und wir ihre Zukunft gestalten.

Lassen wir uns von der unsäglichen Rathauskoalition nicht länger mit Diskussionsrunden abspesen, sondern fordern ganz konkret: Städtische Flächen und Gebäude erhalten, weg mit dem Höchstgebotverfahren, gemeinschaftliches und nichtkommerzielles Wohnen fördern, Rechenzentrum, Staudenhof und Fachhochschule stehen lassen.

Die Häuser denen, die drin wohnen!

Adressen und Kontakte:

Stadt für alle: <https://stadtfueralle.de/>

Stadtmitte für alle: <https://www.facebook.com/stadtmittefueralle/>

Mietenstopp Potsdam: <https://www.facebook.com/MietenstoppPotsdam/>

Mietshäusersyndikat: <http://syndikat.blogspot.eu/>

Programm am 15.09.2017

17.00 Uhr Treffpunkt: Leipziger Dreieck, Vorplatz Schwimmhalle
Demoroute über Breite Strasse, Spornstrasse, Nauener Tor

19.00 Uhr Abschluss/ Kundgebung:
AlterMarkt, Redebeiträge, Musik,
Livemusik mit Dota Kehr, 44Leningrad

Impressum

Herausgeber*in:

Initiative kritisches Potsdam

Mail: hallo-potsdam@gmx.de

Auflage: 8000 Stk

Druck: Lausitzer Rundschau

Forderungen

An die Stadt Potsdam:

Keine Privatisierung städtischer Grundstücke und Wohnungen!

Nutzung städtischer Immobilien nach den Bedürfnissen der gesamten Bevölkerung und nicht nach denen von Millionären und Milliardären!

Entwicklung sozial durchmischter Stadtteile und Schaffung preiswerter Wohnungen in allen Stadtteilen!

Kein weiterer Abriss funktionstüchtiger Gebäude - schon gar nicht aus Steuergeldern oder aus Mieteinnahmen!

Die gewählten Stadtverordneten müssen der städtischen ProPotsdam-grundsätzliche Vorgaben machen: Weg von der Gewinnhin zur Gemeinwohlorientierung!

Hinreichende finanzielle Ausstattung der ProPotsdam!

Unterstützung und Förderung solidarischer nichtkommerzieller Wohnprojekte!

An die ProPotsdam:

Einhaltung des wohnungspolitischen Konzeptes: Kein Verkauf von Wohnimmobilien aus dem Bestand!

Kein Automatismus „Erhöhung Mietspiegel - Erhöhung Miete“!

Bedarfsgerechte Sanierung und Modernisierung!

Entscheidung der Mieter*innen über den gewünschten Sanierungsstandard!

Konzentration auf das Kerngeschäft Daseinsvorsorge: Preiswerte Wohnungen statt Spitzensport und Abrisswünschen in der Stadtmitte (Haus des Reisens, Staudenhof)!

Wohnungstausch ohne Neuvermietungszuschlag und Mieterhöhung!



**MIETE?
STOPP!
JETZT!**

**Demonstration
Fr. 15.09.2017**

**Treffpunkt:
17 Uhr Leipziger Dreieck
Vorplatz Schwimmhalle**

**Abschluss:
19 Uhr Alter Markt
mit Diskussion und Konzert**

**Details und Infomaterial unter:
www.stadtfueralle.de**

Die Stadt gehört uns allen.